

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werftätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst  
Leute und Freizeitspendung einschließlich Bringerlohn monatlich 30 Pf.  
Leute und Freizeitspendung einschließlich Bringerlohn monatlich 20 Pf.  
Durch in der Regel gegen monatliche W. 2.75, außer Kreuzband für Deutschland und  
Dach in der Regel gegen monatliche W. 2.75, außer Kreuzband für Deutschland und  
Dach in der Regel gegen monatliche W. 2.75, außer Kreuzband für Deutschland und

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14. II. Tel. 2465.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1789.  
Verlagsamt: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1789.  
Schließzeit: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden des Tageszeitung Vertikale mit 25 Bl. berechnet, bei druckmäßiger  
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Verrechnungen 30 Bl. Insetts müssen  
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im  
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 191.

Dresden, Sonnabend den 19. August 1911.

22. Jahrg.

## Zur Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie!

Am Sonntag treten in Weissen die Vertreter der Klassen-  
bewegung sächsischen Arbeiterklasse zusammen, um Rückblick auf  
das vergangene, Ausblick auf das kommende Jahr zu halten.  
In einer ersten Zeit voll großer wirtschaftlicher und  
politischer Kämpfe, unumkehrbar vor dem Einlegen der Reichs-  
tagssitzungen, findet die diesjährige Landeskonferenz statt  
und jeder, der daran teilnimmt, wird sich des Ernstes der  
Situation, des dringenden Gebots der Einigkeit  
und Geschlossenheit dem gemeinsamen Gegner  
gegenüber voll bewusst sein.  
Wenn die Delegierten das verfloßene Jahr an sich vorüber-  
gehen lassen mit seinen Kämpfen und Erfolgen, dann können  
sie nicht ohne ein Gefühl des Stolzes feststellen, daß wir  
auf den wichtigsten Gebieten des proletarischen Kampfes, der  
Organisation, der Agitation und der Presse, ausgezeichnete  
Erfolge gemacht haben. 20.000 neue Mitglieder in der  
Organisation, viele Tausende neue Abonnenten unserer Partei-  
presse, eine immer intensiver werdende Arbeit in Veramm-  
lungen und durch unsere Literatur, gutgeführte Arbeiter-  
gruppen, wir können mit großem Mut zu der Zukunft, den  
kommenden Kämpfen entgegengehen. Wir sind gerüstet!  
Die Landesversammlung wird sich mit Fragen der  
unseren Parteiorganisation, dem Organisationsstatut, die  
jetzt mehr als je vor dem nächsten Landtag erscheinen wird,  
der Gemeindesteuerreform, und natürlich auch mit  
der Reichspolitik und den bevorstehenden Reichstags-  
wahlen beschäftigen.

Die diesjährige Landesversammlung hatte die Agitations-  
komitees beauftragt, das Organisationsstatut zu revidieren  
und vor allem mit dem Organisationsstatut der deutschen  
Sozialdemokratie in Einklang zu bringen. Nach dem  
Studium der Berichte aus den Organisationsstellen des  
Landes und den Parteiverhandlungen scheinen gegen  
verschiedene Paragraphen des Entwurfs mannigfache Bedenken  
vorzuliegen. Auch wir haben diesen Bedenken Ausdruck gegeben und  
es erscheint auch und nach all dem das Vermittlungsgebot, den Ent-  
wurf nicht den dazu vorliegenden Änderungsanträgen einer  
von der Landesversammlung neu zu bestimmenden Kommission  
zu übergeben, die dann der nächstjährigen Landesversamm-  
lung das Ergebnis ihrer Beratungen vorlegt. So sehr eilt  
in die Sache nicht. Und wenn es sich um die Verfassung  
unserer Organisation handelt, die doch auf lange Zeit als  
Wahlgesetz dienen soll, kann man nicht sorgfältig genug sein.  
Über die Gemeindesteuerreform spricht Genosse Heinrich  
Range, der ja zweifellos in dieser äußerst schwie-  
rigen und komplizierten Angelegenheit in seiner langjährigen Tätig-  
keit als Leipziger Stadtrat eine große Erfahrung  
gesammelt hat. Die Entscheidung der Landesversammlung  
soll die Richtung sein für die Haltung der Landtags-  
fraktion zu dieser Frage.

Genosse Friedrich Heyer, einer von den Ältesten in Sachsen,  
spricht über die Reichstagswahlen, eine dankbare Aufgabe in  
einer Zeit, in der das Agitationsmaterial für unsere Partei  
so knapp wie in der gegenwärtigen, wo das Schlachtfeld des  
Kampfes gegen alle bürgerlichen Parteien und wollen die Scharte  
selber in allen Kreisen, die wie nicht in der Hauptwahl holen,  
mindestens in die Stichwahl kommen, wird eine Stichwahl-  
bewerbe überlassen.

Über die Vorläufer, die bis jetzt vorliegen oder wenigstens  
bekannt gemacht sind, beschäftigen sich die meisten mit dem  
Genossen Wilmann referiert, mit erledigt.  
Über den Sitz des Zentralkomitees, über den vor einer  
Versammlung stattfand, heißt gestritten wurde, wird es wohl  
dem Reichstag vorbehalten bleiben, wenn auch von Leipzig begün-  
stigte Stimmgeber sein sind.  
So kann man wohl die Hoffnung aussprechen, daß die  
Landesversammlung in Weissen, die in dem schönsten Saale,  
bei der Geißlung, tagt, trotz einiger sachlicher Auseinander-  
setzungen der Reiter der Arbeiterklasse die feste Entschlossen-  
heit und Einigkeit der Sozialdemokratie Sachsens zeigen wird,  
sich davon zu setzen, dem Organisationskampf der säch-  
sischen Arbeiterklasse die Bahn zu ebnen.  
In diesem Sinne begrüßen wir die Delegierten der  
Landesversammlung und wünschen ihren Beratungen den  
besten Erfolg.

Soß die Sozialdemokratie!

## Die Teuerungsgefahr.

Von sozialdemokratischer Seite ist häufig und auch soeben  
wieder die Forderung erhoben worden, daß als Vorbeugungs-  
maßnahme gegen die drohende ungeheure Nahrungsmittel-  
knappheit die Futtermittelzölle und Grenzschranken  
aufgehoben werden müssen und daß eine energische  
kommunalpolitisch auf dem Gebiete der Lebensmittel-  
versorgung eingeleitet werden soll. Jetzt ist in der National-  
zeitung zu lesen:  
Wie wir erfahren, hängt es von dem Ausfall der Kartoffel-  
ernte ab, ob man die Aufhebung der Futtermittel-  
zölle in Erwägung ziehen wird... Um die Fleischpreise auf  
einer gewissen Höhe zu halten und eine Preissteigerung zu ver-  
hindern, wird von amtlicher Seite für empfehlenswert gehalten,  
daß die Städte, die durch ihre Schlachthöfeanlagen  
am ehesten dazu in der Lage sind, im gegebenen  
Augenblick selbst Schlachtungen vornehmen und  
das Fleisch zu entsprechenden Preisen an die Be-  
völkerung abgeben. Dadurch kann am besten einer un-  
wünschlichen Verteuerung vorgebeugt werden.  
Aus dem Ertrag des preussischen Landwirtschaftsministers  
geht hervor, daß man jetzt schon auf dem Lande stellenweise  
beginnt, wegen Futtermittelmangels Viehhaltungen vorzunehmen.  
Unter solchen Umständen ist es nicht zu rechtfertigen, daß man  
erst nach der Kartoffelernte — in Erwägungen über eine  
etwaige Aufhebung der Futtermittelzölle eintreten will!

Die konservativ-agrarische Presse schwärmt sich  
über die Futtermittelfrage vorläufig aus, daß es gebietet sie sich  
neuerdings gong wild kommunalpolitisch. So  
schreibt beispielsweise die Kreuzzeitung:  
Einige Worte von Berlin (Berlin selbst natürlich nicht)  
haben wenigstens durch Einrichtung öffentlicher Seefischver-  
käufe die Fleischversorgung des kleinen Mannes zu erleichtern  
verloren, aber im übrigen legen sich die Kommunen auf  
das Richtige an, und die freiwirtschaftliche Presse unterstützt sie darin  
stillschweigend. Wir meinen, daß die Regierung hier im  
Interesse der Konsumenten einen kräftigen  
Druck ausüben sollte, damit kommunale Ein-  
richtungen zur Verbilligung der Kleinhandels-  
preise getroffen werden.

Die Angst vor den Wirkungen, die die Lebensmittel-  
teuerung auf den Wahlausfall ausüben muß, zwingt die  
Agrarier jetzt, eine solche Sprache zu führen. Aber wenigstens  
darin bleiben sie sich selbst getreu, daß sie die Opfer, die die  
Bekämpfung der Not erfordert, von sich selber auf den sonst  
zu heimgeworbenen sogenannten „ländlichen Mittelstand“ ab-  
wälzen wollen. Ihre plündernde Begeisterung für billige Ge-  
schäfte wirkt um so liberaltender, als sie es doch selber sind,  
die durch Seefischzölle den Preis auch dieses Lebensmittels  
verteuern wollen.  
Die ländliche Bevölkerung wird natürlich auf die konser-  
vativen Wandler nicht hereinkommen und mit ihren gerech-  
ten Forderungen vor den Interessen der Großgrundbesitzer nicht  
haltenmachen. Man kann aber das eine tun, ohne das andere  
zu lassen, man muß es sogar, denn die drohende Gefahr be-  
darf zu ihrer Vermeidung allseitig umfassender  
Maßnahmen. Die Versorgung der Bevölkerung mit  
Lebensmitteln durch die Kommunen ist eine alte sozia-  
listische Forderung, und wenn sie nun, nach dem  
Wunsch der Kreuzzeitung durch einen kräftigen „Druck von  
oben“ verwirklicht werden soll, so können wir versichern, daß  
es an einem noch kräftigeren hilfsreichen Druck von unten  
nicht fehlen wird.

Man darf sich aber auch darüber keiner Täuschung hin-  
geben, daß selbst die beste Organisation der Lebensmittel-  
versorgung nach kommunalpolitischen Grundfragen eine  
Steigerung der Preise nicht verhindern kann, wenn das An-  
gebot des Inlandsmarktes erheblich hinter der Nachfrage zurück-  
bleibt. Darum heißt es nach wie vor: Die Grenzen auf!  
Die Grenzen auf für Futtermittel und Vieh, für gefrorenes  
und Büchsenfleisch!

## Erhöhung der Futtermittelzölle.

Berlin, 18. August. Aus Anlaß des durch die außergewöhnliche  
Höhe und Dürre hervorgerufenen schlechten Ausfalls der Futter-  
mittelernte hat der Minister der öffentlichen Arbeiten für den We-  
senbereich der preussischen Staatsbahnen  
während der Zeit vom 22. August 1911 bis 20. Juni 1912 eine Er-  
mäßigung der Eisenbahnfrachttarife für Futtermittel um  
50 Prozent eintreten lassen.

## Die Arbeiterkämpfe in England.

Obwohl die Meldungen über den Umfang des Eisen-  
bahneraustausches einander widersprechen, so ist doch zweifellos,  
daß Hunderttausende englischer Eisenbahner dem Aufruf  
zur Arbeitniederlegung nachgefolgt sind und daß der Verkehr  
zur Arbeitniederlegung nachgefolgt ist. Es ist ein ge-  
waltiger Bed- und Aufruf, den die Eisenbahner durch ihre  
riesige Streikdemonstration an den Staat und die Regierung  
richten! Alle Kreise der Gesellschaft werden von diesen Kämpfen  
mit betroffen und die Forderungen der durch die großvita-  
listischen Gesellschaften schwer ausgebeuteten Eisenbahnan-  
gestellten werden sich durchsetzen.

Wie der große Kampf sich weiter entwickeln wird und  
ob es zu einer schnellen Beilegung kommen wird, ist noch nicht  
absehbar. Die Regierung bietet alle Nachmittel des Staates  
auf, Vollgelde und Militär, um den Verkehr aufrecht zu erhalten.  
Aber andererseits ist sie, wie es scheint, gewillt, durch Einigungs-  
verhandlungen die Forderungen der Streikenden wenigstens  
zum Teil zu befriedigen.  
Aus dem massenhaften Nachrichtenmaterial ist folgendes  
zur Kennzeichnung des Verlaufs dieser denkwürdigen Kämpfe  
hervorzuhelen:

London, 18. August. Der Eisenbahneraustausch ist in Nord-  
england und Süd-Wales vollständig, in Mittelengland teilweise,  
in Südbengland so gut wie gar nicht durchgeführt. Die Zahl der Aus-  
getauschten wird auf 200.000 geschätzt. Die Stimmung wird noch erhöht  
durch die erschwerenden Verkehrsstörungen, die nach ihren Bahn-  
strecken zurückzuführen sind. Viele Tausende sind in ihren Sommerfrischen  
festgehalten. Etwa 12.000 Berg- und Stahlarbeiter in Cumberland  
sind zum Streik gezwungen. Die Streikenden in Burton haben fast  
gänzlich still. Die Mannschaften der Kriegsschiffe in Portsmouth  
haben den Befehl erhalten, sich bereit zu halten, Garnisonsdienste zu  
leisten.

London, 18. August. Die Streikflotte hat sich gegen Abend ver-  
schlammert. Die nach Schottland und Irland bestimmten Posten-  
schiffe sind unter militärischem Schutz befristet worden. Von der  
Marine-Station sind keine Züge nach dem Norden abgegangen.  
Der Bahnhof liegt seit 5 Uhr nachmittags im Dun-  
keln. Auf den Untergrundbahnen verkehren nur wenige Züge. Im  
Palace der Victoria- und der Kristallpalast-Station wurden die Züge-  
schleusen eines Juges mit Steinen eingeworfen. Die Zugänge zur  
Golfen-Station werden von Soldaten mit aufgezogenen Bajonett  
besetzt.

London, 18. August. Der Minister für Post und Telegraphen  
hat für heute alle höheren Beamten zu einer Konferenz einberufen,  
um mit ihnen Maßregeln zur Sicherung des Postdienstes zu treffen.  
Während der Konferenz wird erwoogen werden, ob der Postdienst  
durch Automobile versehen werden kann, für den Fall, daß die Züge  
nicht mehr verkehren können. Der Verband der Transport-  
arbeiter hat für nächsten Dienstag den Generalstreik  
proklamiert. Sämtliche Bahnhöfe sind von Soldaten besetzt. Der  
Dienst der Metropolitanbahn ist vielfach unterbrochen und die  
Gesellschaft hat die Zahl der Züge eingeschränkt. In Manchester und  
Liverpool ruft der Verkehr vollständig. Augenblicklich haben die  
Konferenzen zwischen den Vertretern der Regierung und den Ver-  
tretern der Arbeiter begonnen. Auch die Telegrammgesellschaften  
haben sich dem Transportarbeiterverband angeschlossen. Der  
Arbeitgeberverband von Liverpool erklärte, wie in letzter Stunde bekannt  
wurde, daß der Ausfall der Transportarbeiter Mittwoch beginnen  
wird, wenn bis dahin den Eisenbahnen keine Genehmigung gegeben  
worden ist. In Liverpool hat sich die Lage weiter verschlimmert.  
Sämtliche Wirtschaften müssen heute dort im Laufe des Nachmittags  
geschlossen werden. Der Verkauf von Mineralwasser ist unterbrochen,  
weil die Flaschen geeignet seien, als Wurfgeschosse gegen die  
Polizei zu dienen. Die Behörden von Liverpool haben dringend um  
die Entsendung von Truppen gebeten. Man befürchtet in Liverpool  
die Fortführung der großen Landungsbände, welche über eine Weile  
lang ist. Die eingetroffenen Kriegsschiffe richten ihre besonderes  
Augenmerk auf den Schutz dieser Waide. Andererseits befürchtet  
man den Ausbruch von Epidemien, wenn die Arbeiter, die den Schutz  
abfahren, die Arbeit nicht bald wieder aufnehmen werden.

London, 18. August. Es sollen 20.000 Soldaten allein auf der  
Waterloo-Station von Alderhot angelangt sein, meist Infanterie  
und Kanallerie, aber auch einige Batterien Artillerie. In den Eisen-  
bahnstationen war morgens kein Militär zu sehen, nur die Custom-  
station hat man aus unaufgeregten Gründen mit 1600 Mann be-  
setzt. Auf dem Bahnhof von West-Ending vertrieben Streikende  
gehört abend den ländlichen Polizei aufzuhalten; eine Stunde  
später gelang es jedoch, den Zug abzufahren. In den Provinzialen  
sind die Eisenbahner weit erbitterter gegen die Gesellschaften, als in  
der Hauptstadt.

## Stellungnahme der Regierung und Einigungsverhandlungen.

London, 18. August. Lord George erklärte im Unterhause  
sein Beharren, daß die Arbeiter dem Vorschlag der Einigung einer  
Erdnichtigen Untersuchungskommission nicht zuge-  
stimmt hätten. Die Regierung verhandelt aber weiter mit  
den Arbeitervertretern über die Frage. Die Kommission sollte aus höch-  
stens drei Männern, einem Delegierten der Verwaltungen,  
einem Vertreter der Arbeiter und einer als unparteiisch bekannten  
Persönlichkeit, bestehen, sofort und Tag für Tag an der Verfertigung der  
Beschwerden arbeiten und in kürzester Zeit einen Bericht mit  
Vorschlägen vorlegen. Der Führer der Arbeiterpartei Macdo-  
nald erklärte hierauf, es läge ein Widerspruch vor. Der  
Arbeitervorschlag sei der Ansicht gewesen, daß die Regierung beab-  
sichtige, eine jener schmerzhaftigen, zur Verschleppung ge-  
neigten, meist aus vielen Mitgliedern bestehenden „ständlichen Unter-  
suchungskommissionen“ anzusetzen, die zumeist nur ein Wortlaut  
sei, um eine der Regierung unangenehme Sache hinauszu-  
schieben. Nach Bestätigung des Vorschlags durch die Abgeordneten  
Verhandlungen mit den Arbeitervertretern wieder aufgenommen  
werden. Die Arbeiter lehnten jedoch einen Waffen-  
stillstand während dieser Verhandlungen kategorisch ab. Das  
Komitee setze ein Bannfluch, das die Situation auseinanderreißt und  
die Leute auseinander, je in Streik zu beharren.

London, 18. August. Die Schiffseigentümer und Hafen-  
arbeiter sind nach einer Beratung im Ministerium des Innern  
heute zu einem endgültigen Übereinkommen gelangt, wonach die  
Entscheidung der Streitigkeiten dem Arbeitsminister Burns  
oder einem Schlichter, der vom Präsidenten der Lokalarbeitsratung  
bestellt wird, unterworfen werden sollen.

Vertical text in the left margin, likely from an adjacent page or containing publication details.